

## LANDESSEITEN

## Langer VdK-Einsatz

Tübingen und Calw feierten ihren 75. Seite 14

## Tolle VdK-Reisen

Städte und Städtchen Wasser und Berge Seite 15

## VdK-Faszieninfos

Landesfrauenkonferenz mit Vortrag Seite 16

## VdK-Blutspenden

Vorbildliche Aktion sucht Nachahmer Seite 17

## KOLUMNE

## Integrationsfachdienste helfen Arbeitgebern dauerhaft



Joachim Steck, Stellvertreter des Landesvorsitzenden

720 Euro für jeden Arbeitsplatz – monatlich! Alle Arbeitgeber müssen ab 2024 das Doppelte an Ausgleichsabgabe zahlen, wenn sie niemanden mit Schwerbehinderung beschäftigen. Unternehmen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen sind verpflichtet, mindestens 5 Prozent davon mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen. In Baden-Württemberg liegt die reale Quote bei 4,2 Prozent. Da ist noch Luft nach oben.

Die finanzielle Seite ist das eine. Rund 110 Millionen Euro kommen im Südwesten jährlich als Ausgleichsabgabe zusammen. Doch viel wichtiger ist: Warum nutzen die Arbeitgeber das Potential der schwerbehinderten Menschen nicht? Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels? Die Arbeitslosenquote von Menschen mit Schwerbehinderung ist noch immer überdurchschnittlich hoch. Das liegt nicht daran, dass die Arbeitgeber niemanden mit Schwerbehinderung einstellen wollen. Nein, sie sehen Hürden in der Praxis und fürchten Mehrarbeit, weil sie sich mit den behinderungspezifischen Hilfen oftmals nicht gut auskennen. Dabei gibt es schon seit 2022 die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA), die ihnen diese Mehrarbeit abnehmen. Hierzulande sind die EAA bei den Integrationsfachdiensten angesiedelt, die beraten – so beispielweise zu den Eingliederungszuschüssen, technischen Arbeitshilfen, zur beruflichen Qualifizierung, Wohnungshilfen und vielem mehr. Bis zu 70 Prozent der Lohnkosten können übernommen werden. Doch der zentrale Punkt ist: Die Integrationsfachdienste begleiten langfristig, über die gesamte Zeit der Beschäftigung hinweg und sorgen so dauerhaft für die passgenaue Ausstattung von Arbeitsplatz, Qualifizierung und dafür, dass das neue Teammitglied gut im Unternehmen ankommt.

## „Rentenalter nicht weiter anheben!“

Plädoyer für Ersatz aller versicherungsfremden Leistungen

Altersarmut im reichen Baden-Württemberg oder in „The Länd“, wie es neuerdings heißt? Doch, das gibt es! Deshalb haben sich im Frühjahr 2017 Sozialverbände wie der Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V., Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen zusammengeschlossen, um gemeinsam etwas gegen Armut und insbesondere Altersarmut im Südwesten zu tun. Dem damals gegründeten „Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg“ gehören inzwischen bereits 40 Organisationen an, darunter auch die Landesarmutskonferenz, die es schon seit 2012 gibt.

Im breit aufgestellten „Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg“ bekleidet seit Anbeginn der VdK-Landesvorsitzende – damals Roland Sing, heute Hans-Josef Hotz – einen der Sprecherposten. Hotz und weitere Bündnispartner meldeten sich unter anderem anlässlich der landesweiten Aktionswoche im Oktober „Zeitenwende in Baden-Württemberg Sozial/Ökologisch/Solidarisch“ engagiert zu Wort.

Außerdem gab es öffentlichkeitswirksame Aktionen in der Stuttgarter Innenstadt. Schließlich gilt es zu verhindern, dass sich das soziale Klima im reichen Bundesland Baden-Württemberg noch weiter verschärft. Und, die gesetzliche Rente als wichtigste Form der Alterssicherung muss wieder gestärkt werden, damit sie vor Altersarmut schützen kann.



Diskussionsbeitrag von Hans-Josef Hotz; rechts im Bild Direktorin Gabriele Frenzer-Wolf (Deutsche Rentenversicherung BW).

Im November bekräftigte das Bündnis denn auch seine Forderungen im Rahmen der gut besetzten Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Die Rente muss für alle sicher sein!“ im Willi-Bleicher-Haus. Schließlich verdienten die knapp fünf Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Südwesten eine gute Alterssicherung – „auch im Fall einer Erwerbsminderung“, betonten die Veranstalter im Stuttgarter Gewerkschaftshaus.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Politikern aus dem Lande, an der für das Bündnis gegen Altersarmut Hans-Josef Hotz als einer der Sprecher teilnahm, hakte man kritisch nach – auch unter diesem Aspekt: „Welches rentenpolitische Signal sendet Baden-Württemberg in den aktuellen Debatten nach Berlin?“



Diskussion im Gewerkschaftshaus: Moderatorin Andrea Gregor (DGB), Verdi-Vizin BW Maika Schollenberger, die Politikerin MdB Bernd Riexinger (Die Linke), MdL Hans Dieter Scheerer (FDP) sowie CDU-Kreisvorsitzender Michael Kolb und VdK-Landeschef Hans-Josef Hotz mit DRV-Direktorin Gabriele Frenzer-Wolf (von links).

Erneut widersprach Hans-Josef Hotz den Forderungen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Finanzminister Danyal Bayaz, das Renteneintrittsalter anzuheben: „Kretschmann und Bayaz trommeln in den Medien für eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters. Das lehnen wir strikt ab. Schon heute müssen viele Menschen aus gesundheitlichen Gründen vor Erreichen der Regelaltersgrenze aus dem Beruf ausscheiden und erhebliche Rentenabschläge bis ans Lebensende hinnehmen. Menschen mit niedriger Bildung haben eine deutlich kürzere Lebenserwartung und beziehen auch entsprechend weniger lang Rente. Diese Umverteilung von unten nach oben darf nicht mit einer weiteren Anhebung des Rentenalters noch vergrößert werden“, bekräftigte Hotz.

Der Landesverbandsvorsitzende warf dem Landesfinanzminister vor, wenig Kenntnis und Verständnis für die oftmals prekäre finanzielle Lage vieler Bürger zu haben. „Im Jahr 2022 waren fast 1,2 Millionen Rentnerinnen und Rentner auf Sozialhilfe, sprich Grundsicherung im Alter, angewiesen“, hob der VdK-Landeschef hervor und ergänzte: „Diese Zahl hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre fast verdreifacht. Dabei sind Frauen besonders häufig von Altersarmut betroffen.“ Hans-Josef Hotz bemängelte zudem, dass gerade in Krisenzeiten soziale Belange immer als erstes auf dem Prüfstand stehen. Und er warnte Minister Bayaz eindringlich vor einer Kürzung der Mütterrente: „Das werden wir nicht zulassen!“

## Viele betroffene Frauen

Verdi-Landesbezirksleiter Martin Gross, ebenfalls Bündnispartner, betonte: „Krisen, Kürzungen im Sozialen und die zunehmende Ausgrenzung ohnehin benachteiligter Menschen sind Treiber für soziale Kälte. Die Gesellschaft driftet auseinander. (...) Nicht nur der Bund, auch das Land muss hier aktiver werden und einen sozialen Kahlschlag verhindern, auch mit Landesmitteln.“

Gross verwies in diesem Zusammenhang besonders auf die Frauen. Denn, ein Fünftel der Frauen

gilt in Baden-Württemberg als arbeitslosgefährdet. Und deutlich mehr sind es im Alter. „30 Prozent der Rentenzahlungen an Männer liegen unter dem Niveau der Grundsicherung und 40 Prozent unter dem Niveau der Armutsschwelle. Bei Frauen sind es 60 Prozent und 80 Prozent“, zitierte der Baden-Württemberg-Chef der Gewerkschaft Verdi aus dem DGB-Rentenreport BW 2020. Demnach sind Frauen doppelt so oft vom Risiko der Altersarmut betroffen, wie Männer.

Das Bündnis gegen Altersarmut lenkte bei seinen Aktionen auch den Blick auf die hohe Inflation und die explodierenden Energiepreise. „Davon sind besonders Menschen im Alter stark betroffen“, hieß es dazu in der gemeinsamen Pressemitteilung. Zugleich monierte man die Kürzungen der Steuermittel für die Rente im Bundeshaushalt, anstatt einen Ausgleich vorzunehmen. „Diese Steuermittel sind kein Zuschuss für höhere Rentenzahlungen, sondern ein Ausgleich für gesamtgesellschaftliche Leistungen, wie beispielsweise die Mütterrente, die über die gesetzliche Rentenversicherung ausgezahlt werden“, stellte das Bündnis dazu unmissverständlich klar.

## Rentenniveau anheben

Um Altersarmut zu verhindern fordert es außerdem, das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben – dem Wert vor der Ein-

führung der gescheiterten Riesterrente. „Und statt das Renteneintrittsalter weiter zu erhöhen, müssen endlich alle versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden“, so eine weitere Forderung, die insbesondere Hans-Josef Hotz bekräftigte. Dann sei, so Hotz, eine gute gesetzliche Rente für alle möglich.

Einmal mehr plädierte das „Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg“ für eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamte und Politiker.

## Kritik an Etat Kürzungen

Außerdem kritisierte das Bündnis die Kürzungen im Bundeshaushalt für den sozialen Bereich. „In diesen unsicheren Zeiten sich überlagernder Krisen erweist sich die soziale Infrastruktur als Stabilitätsanker für Menschen in Not“, schrieb man dazu in der gemeinsamen Pressemitteilung.

Stattdessen werde nun die Versorgungssicherheit für die besonders benachteiligten und vulnerablen Gruppen wie Kinder, erkrankte Menschen, Frauen und ältere Menschen massiv beeinträchtigt. Hierauf müsse die Landesregierung dringend reagieren. „Denn nur in einer solidarischen Gesellschaft bleiben wir zukunftsfest und krisensicher. Eine gute und verlässliche Daseinsvorsorge ist eine notwendige Bedingung für den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg.“ **B. Bühler**



VdK-Abteilungsleiter Sozialpolitik, Roland Bühler (vorne), mit weiteren Teilnehmenden im Foyer des Willi-Bleicher-Hauses. Fotos: Anette Sauer/Verdi